



Interviews

22. März 2024

Philipp May im Gespräch mit Daniel Günther

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Philipp May: Zwei große Ampel-Gesetze im Bundesrat, das Wachstumschancengesetz und die Cannabis-Legalisierung. Am Telefon ist jetzt der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther (CDU), der in Kiel bekanntlich zusammen mit den Grünen regiert. Guten Morgen, Herr Günther.

Daniel Günther: Guten Morgen, Herr May. – Hallo!

May: Bleiben wir zunächst bei Cannabis. Werden Sie heute der Teillegalisierung zustimmen im Bundesrat?

Günther: Zustimmen werden wir auf gar keinen Fall, sondern allenfalls wird das Gesetz den Bundesrat passieren, weil wir vielleicht nicht den Vermittlungsausschuss anrufen werden. Wir haben schon den Willen, auch als CDU innerhalb der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, dass wir den Vermittlungsausschuss in einigen Punkten noch mal anrufen, denn dieses Gesetz, über das man ja in der Sache streiten kann – ich halte es ohnehin für Unsinn, Cannabis zu legalisieren, aber dafür gibt es offenkundig eine Mehrheit im Bundestag. Aber das Gesetz ist einfach handwerklich so schlecht gemacht, dass es in den Ländern überhaupt nicht umsetzbar ist, wenn es zum 1. April in Kraft tritt, und hier drängen wir schon darauf, dass es in den Punkten verändert wird, damit es auf keinen Fall im richtigen Chaos enden wird.

May: In welchen Punkten?

Günther: Da geht es insbesondere um das in Kraft treten. Es geht auch darum, dass die Justiz erheblich belastet wird, auch durch die Regelung, dass Strafen entsprechend erlassen werden. Das sind Tausende von Fällen, die auf die Justiz zukommen, die zu erheblichen Be-

lastungen führen werden. Aber insbesondere die Frage des in Krafttretens, das würde ja bedeuten, dass wir das Gesetz am 22. März beschließen, dass wir am 1. April schon sämtliche Voraussetzungen getroffen haben werden. Das ist absolut undenkbar, das weiß auch der Bundesgesundheitsminister, das wissen auch die regierungstragenden Fraktionen, die laufen alle auch mit schlechtem Gewissen durchs Land, weil sie wissen, dass das gar nicht praktikabel ist. Die einzige Chance wäre, wirklich in einem schnellen Vermittlungsverfahren zumindest diese Dinge noch zu klären, damit wir nicht im Chaos versinken, denn am Ende müssen die Länder das umsetzen.

May: Sie sagen ganz klar, wir sollten dafür stimmen, einen Vermittlungsausschuss anzurufen, um diese Schwachstellen, die aus Ihrer Sicht bestehen, noch zu beseitigen?

Günther: Genau. Das ist unsere Haltung, aber darüber müssen wir auch mit unserem Koalitionspartner sprechen. Da muss sich die grüne Seite noch bewegen. Ich weiß aber, dass es auf grüner Seite auch schon vor dieser Sitzung eine große Bereitschaft gegeben hat, zumindest über diese Punkte zu reden, weil wir im Gegensatz zu Herrn Lauterbach nicht im luftleeren Raum unterwegs sind, sondern wissen, was ein solches Gesetz in der Praxis bedeutet.

May: Was mich jetzt ein bisschen wundert: Wir sind jetzt wenige Stunden vor Abstimmung. Haben Sie das nicht schon längst geklärt mit Ihrem grünen Koalitionspartner? Wann kommen Sie denn jetzt zusammen, um das noch zu klären? Oder wird das im Bundesrat während der Sitzung geklärt?

Günther: Nein! So etwas wird in der Regel tatsächlich im Vorfeld besprochen. Wir haben im Moment noch Ermessens-Stimmführer. Das heißt, wir sprechen auch über diese Frage noch im Vorfeld. Gestern fanden die Vorbereitungssitzungen der jeweiligen Parteien statt. Im Moment sind die Signale auf grüner Seite eher so, dass einer Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zugestimmt wird, aber wir reden noch mal darüber. Es gab einige Äußerungen auch von Unions-Politikern, die es den Grünen nicht leichtgemacht haben, weil dort Gerüchte waren, wir versuchen, dass das Gesetz möglichst aus dem Vermittlungsausschuss gar nicht rauskommt. Das geht ja in der Praxis nicht. Man muss sich da auch entsprechend verständigen. Das ist auch der Wille. Aber wir müssen gucken, ob die Signale jetzt von uns gereicht haben, dass die grüne Seite sich hier noch mal bewegt.

May: Sie haben es von Anfang an gesagt, ist ja auch klar: Das Gesetz ist eigentlich nicht zustimmungspflichtig durch die Länder. Die können das Gesetz eigentlich nur verzögern durch diesen Vermittlungsausschuss. Jetzt haben Sie mehr oder weniger unverklausuliert Ihren

Kollegen Michael Kretschmer aus Sachsen angesprochen, der das ganz offen sagt, dass er wünscht, dass das Gesetz im Prinzip für immer dort bleiben soll. Das wäre aus Ihrer Perspektive ein demokratisches Faulspiel?

Günther: Kein Faulspiel in dem Sinne. Es gab übrigens auch andere Unions-Politiker, die sich in der Form geäußert haben. Ich glaube, das ist nicht zielführend. Man muss schon akzeptieren, dass es im Bundestag eine Mehrheit gibt, die dieses Gesetz für richtig hält. Aber unsere Aufgabe als Länder ist, am Ende darauf zu achten, dass die Dinge, für die wir zuständig sind, auch umsetzbar sind. Das heißt, das Gesetz ist ja im Vollzug durch die Länder umzusetzen, und dafür genau ist ein Vermittlungsausschuss da, dass das in der Praxis auch handhabbar ist. Das ist der Grund, warum wir einen Vermittlungsausschuss anrufen würden. Das sind ja auch Fragen, die wirklich schnell geklärt werden können, denn auch wir haben ein Interesse daran, dass Klarheit im Gesetz geschaffen wird. Aber logisch aus meiner Sicht ist, das Gesetz muss zumindest vom in Kraft treten auf den Oktober verschoben werden, damit es seriös vorbereitet werden kann. Ich würde mir wünschen, dass auch die Ampel an seriöser Umsetzung von Gesetzen ein Interesse haben würde.

May: Jetzt hat der Gesundheitsminister in einer Protokollerklärung nachträglich den Ländern noch einmal mehr Unterstützung bei den Präventionsprogrammen beispielsweise angeboten, auch Erleichterungen, was beispielsweise die Kontrollen dieser Cannabis-Clubs angeht. Überzeugt Sie das nicht?

Günther: Das sind kleinere Instrumente bei Punkten, über die man lange streiten kann, ob das überhaupt so sinnvoll ist. Mir selbst würde es überhaupt gar nicht helfen, weil ich das alles für kompletten Nonsense halte, was dort beschlossen wird, aber das ist ja eine Sache, über die kann man politisch diskutieren. Mein Problem ist: Egal was da für Dinge vom Bundesgesundheitsminister drinstehen, es wird einfach nicht möglich sein, in der kurzen Frist ein solches Gesetz zu administrieren. Da brauchen wir Behörden für, die das auch entsprechend umsetzen können, und innerhalb von wenigen Tagen, die uns ja nur noch bleiben, ist das überhaupt gar nicht möglich, und ich möchte nicht, dass unser Land in einem Chaos versinkt, wenn ein Gesetz beschlossen wird, sondern ich möchte, dass das vernünftig vorbereitet wird, und das ist der entscheidende Punkt. Wir wollen nicht den gesamten Bereich in den Vermittlungsausschuss bringen, sondern wir reden über zwei Ziffern, die da insbesondere von Bedeutung sind. Darum geht es und wir gucken mal, wo wir am Ende landen bei der Anrufung. Wenn nicht, dann müssen wir irgendwie damit umgehen als Länder, aber ich halte es nicht für schlau, dass man sehenden Auges in ein solches Chaos läuft.

May: Stichwort, wenn Sie sagen, das ganze Gesetz, das ganze Vorhaben ist Nonsens. Friedrich Merz sagt, bei einem möglichen Wahlsieg 2025 gibt es sofort die Rückabwicklung. Volle Zustimmung von Ihnen?

Günther: Ich habe Ihnen ja meine Haltung zum Thema Cannabis-Legalisierung gesagt. Die wird sich auch nicht dadurch ändern, dass jetzt ein bisschen Zeit ins Land geht. Wenn Sie sich angucken, was es für Stellungnahmen auch gegeben hat von Expertinnen und Experten, die komplett ignoriert worden sind, gerade aus der Ärzteschaft; hier ist ein politisch motiviertes Vorhaben von Menschen, die immer Cannabis-Legalisierung wollten, die aber ohne Rücksicht auf die gesundheitlichen Gefahren, die dort entstehen, dieses Gesetz jetzt durchdrücken. In der Sache wird sich meine Position auch nicht verändern.

May: Aber andere Experten sagen wiederum, dass es sinnvoll ist, Cannabis zu legalisieren, weil die bisherige Drogenpolitik gescheitert ist. Sei es drum!

Machen wir da einen Punkt, Herr Günther. Lassen Sie uns noch über ein zweites Streitthema reden beziehungsweise das zweite Streitthema, das heute auf Sie zukommt: das Wachstumschancengesetz, das Entlastungen für die Wirtschaft schaffen soll, ungefähr drei Milliarden. Hier braucht es das aktive Ja der Länder im Gegensatz zur Cannabis-Teillegalisierung, damit das Gesetz durchgeht. Unions-Fraktionsgeschäftsführer Thorsten Frei hat gerade noch einmal bei der ARD seine grundsätzliche Ablehnung betont. Sagt Schleswig-Holstein trotzdem Ja?

Günther: Ja, wir würden in der Tat gerne Ja sagen, weil wir glauben, dass das Wachstumschancengesetz jetzt gut ausgehandelt ist, nachdem der Vermittlungsausschuss darüber ja auch beraten hat. Von daher ist das Gesetz in der Sache zustimmungspflichtig. Das wäre auch ein wichtiges Signal für unsere Wirtschaft, dass wir das hinbekommen. Wir sind noch nicht mit der Bundesregierung in einer absoluten Einigkeit, was das Thema Entlastung der Landwirtschaft angeht. Das ist für uns als Union ein unglaublich wichtiger Punkt, denn parallel zum Wachstumschancengesetz, das ja dazu dienen sollte, die Wirtschaft zu entlasten, hat ja die Bundesregierung entschieden, einen einzigen Berufszweig komplett zu belasten, das heißt im Wettbewerb zu benachteiligen, und da brauchen wir noch Bewegung von Seiten der Bundesregierung. Es gibt im Moment auch das Angebot eines Entlastungspapieres. Da sind sehr viele Prüfaufträge mit drin. Hier verhandeln wir im Moment noch darüber, damit auch für unsere Landwirtinnen und Landwirte vom Bundesrat das Signal ausgeht, dass auch sie auf eine verbindliche Entlastung hoffen können.

May: Wo Sie dieses Kompromissangebot beziehungsweise dieses Prüfpapier ansprechen: Unter anderem sollen, glaube ich, die Gewinne der Landwirte über drei Jahre steuerlich gestreckt werden können. Das soll ungefähr 150 Millionen Euro weitere Entlastung bringen, plus weitere Entlastung bei der Bürokratie für die Bauern. Habe ich das ungefähr richtig zusammengefasst? Ist das auch Ihr Stand?

Günther: Genau. Das sind auch die guten Punkte. Das will ich ausdrücklich sagen. Das ist auch wichtig. Wir sprechen im Moment aber auch noch über die Möglichkeit einer Rücklagenbildung, wo es auch steuerliche Vorteile für die Landwirtschaft gibt. Da reden wir im Moment über Prüfungen, die dort gemacht werden sollen. Wir brauchen in diesem Papier ein Stück mehr Verbindlichkeit. Darüber finden im Moment auch noch Gespräche statt. Ich bin wirklich guten Mutes, weil ich es schon für richtig halten würde, wenn jetzt grünes Licht auch fürs Wachstumschancengesetz gegeben werden kann.

May: Eine letzte Frage noch mit der Bitte um eine kurze Antwort. Die Bauernproteste, das hat auf Sie heute keine Auswirkungen mehr? Die wollen ja heute auch noch mal vorm Bundesrat mit ihren Treckern protestieren.

Günther: Das hat auf jeden Fall eine Auswirkung, weil die Landwirtschaft berechtigt gesagt hat, es kann nicht sein, dass die Wirtschaft entlastet wird und die Landwirtschaft belastet. Diesen Widerspruch wollen wir heute im Bundesrat im Sinne der Landwirtschaft auflösen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.